



Antrag

der Fraktion der FDP

Gründergeist für Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

I. Gründerkultur stärken

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- gemeinsam mit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft eine geeignete Imagekampagne für eine neue "Gründer- und Start-Up-Kultur" aufzulegen, um insbesondere jungen Menschen Mut zu machen, die bestehenden Risiken eingehen. Es muss deutlich werden, dass dieser Weg politisch unterstützt wird und es auch im Falle eines Scheiterns eine zweite und dritte Chance gibt.
- alle Hilfs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote zentral in "Start-Up-Culture-Houses" zu bündeln, um den Austausch zwischen erfahrenen Gründern und Neu-Gründern zu fördern und dafür Mentoren in einem geeigneten Beteiligungsverfahren auszuwählen. Etablierte Strukturen an regionalen Schwerpunkten sollen damit möglichst gebündelt werden und Gründer besser vernetzt werden.
- gesellschaftliche Verantwortung zu belohnen und Beratungsangebote zum Thema "Nachhaltiges Gründen" auszubauen sowie entsprechend Fördermittel innerhalb eines Fonds zur Verfügung zu stellen.
- sich klar zur Technologieoffenheit und Innovationsfreude in unserem Bundesland zu bekennen.
- sich an der Erarbeitung von Konzepten personalisierter Absicherung wie z.B. eines teilhabeorientierten Bürgergeldes zu beteiligen, um damit auch die Bereitschaft zur Gründung eines eigenen Unternehmens zu fördern.

II. Bürokratie abbauen

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den Bürokratieabbau voranzubringen und sich auf Bundesebene für die Einführung eines bürokratiefreien Jahres für Gründerinnen und Gründer sowie für die Ermöglichung der Geschäftsfähigkeit von neugegründeten Unternehmen innerhalb eines Arbeitstages, insbesondere auch für eine GmbH, einzusetzen.
- One-Stop-Shops als zentrale Ansprechpartner innerhalb von öffentlichen Verwaltungen für Unternehmensgründer, einzurichten und damit die Zahl der Behördengänge deutlich zu verringern.
- eine Überprüfung aller bürokratischen Maßnahmen, die Existenzgründer in Schleswig-Holstein belasten, fortlaufend durchzuführen und anhand dessen Vorschläge zur Reduktion bürokratischer Hemmnisse zu erarbeiten.
- dem Parlament einmal jährlich zu Gründungsaktivitäten und der Wirkung von entsprechenden Regulierungen in Schleswig-Holstein Bericht zu erstatten.
- sich auf Bundesebene im Sinne einer effizienteren und modernen Steuerverwaltung für die Anhebung der Grenzen bei Buchführungs- und ähnlichen Pflichten für neue und kleine Unternehmen sowie für die allgemeine Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungspflichten auf fünf Jahre einzusetzen.
- das Landesmindestlohngesetz abzuschaffen und sich auf Bundesebene für die Aussetzung der Mindestlohndokumentationspflichten für Gründer in den ersten 24 Monate einzusetzen.
- eine Evaluation der Kosten für Patentanmeldungen vorzunehmen und sich ggf. auf Bundesebene für Maßnahmen zur Kostenreduzierung einzusetzen.
- sich auf Bundesebene engagierter für die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes stark zu machen.

III. Schule und Hochschule

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich für die verstärkte Vermittlung von Themen wie Sozialer Marktwirtschaft, Selbständigkeit und Unternehmertum an den Schulen mit entsprechendem Austausch zu Praktikern einzusetzen, um Kinder und Jugendliche schon früh über Unternehmensgründungen zu informieren.
- projektbezogenes Lernen für Wirtschaftsinhalte stärker in die Schulen zu tragen sowie Innovationswettbewerbe in Schulen und Hochschulen und sogenannte Rapid-Skills-Trainings zu fördern, um eine geeignete Kooperationsplattform für Start-Ups und regionale Unternehmen zu bieten.

- eine MINT-Offensive zu starten und dazu ein klares naturwissenschaftliches Profil in den Schulen des Landes zu stärken sowie die Unterrichtskombination von MINT-Fächern und Entrepreneurship-Themen zu fördern.
- die Vernetzung von Schleswig-Holsteins Schulen national und international durch z.B. Austauschprogramme, integrierter digitaler Lernsysteme oder gleichzeitige Nutzung von Online-Bildungskursen zum Thema Entrepreneurship voranzubringen.
- Berufliche Schulen stärker in die Förderung von Gründungsaktivitäten in Schleswig-Holstein einzubinden, Gründungsmöglichkeiten in den einzelnen Fachgebieten deutlicher in den Lehrinhalten zu berücksichtigen, Weiterbildungsmaßnahmen zum Thema Entrepreneurship zu fördern und Kooperationen mit Unternehmen im Rahmen der dualen Ausbildung (z.B. Smart Factories) auszubauen.
- Ausgründungen aus Hochschulen zu erleichtern, Kooperationen zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Instituten stärker zu fördern und die Einrichtung zusätzlicher Lehrstühle und Zentren für Entrepreneurship zu unterstützen.
- die Hochschulen und auch die Meisterschulen zu echten Gründerzentren weiterzuentwickeln, Unternehmensgründungen als Studienverzögerungen anzuerkennen sowie weitere rechtliche Rahmenbedingungen für Hochschulmitarbeiter bzw. -professoren zu prüfen, um dessen Ideen in Form von Unternehmensgründungen in der freien Wirtschaft auch umsetzen zu können.

IV. Finanzierung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich auf Bundesebene für die Abschaffung der monatlichen Umsatzsteuervoranmeldungspflicht für Existenzgründer in den ersten 24 Monaten, die Aussetzung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge und Rückkehr auf die Fälligkeit am 10. Tag des Folgemonats einzusetzen.
- sich für steuerlich attraktivere Investitionsbedingungen für Wagniskapital von privaten wie institutionellen Anlegern, die Absetzbarkeit von Wagniskapital-Investitionen potenzieller Geldgeber und ein neues Venture-Capital-Gesetz nach Vorbild des „Zukunftsfonds Schweiz“ einzusetzen.
- Start-Up-Stipendien hinsichtlich des förderfähigen Personenkreises zu erweitern und so den Weg zur Gründung eines eigenen Unternehmens außerhalb der Universität zu erleichtern.
- sich für die Schaffung eines BAföG-Systems für Gründer einzusetzen und die vorhandenen Förderprogramme stärker für Nichtakademiker und "klassische" Gründer in Mittelstand und Handwerk zu öffnen.

- die Organisation von Förderprogrammen in einer eigenen Abteilung "Start-Ups und Innovation" im Wirtschaftsministerium zusammenzulegen, ein Netzwerk externer Berater aufzubauen und Expertise zu Programmen und Start-Up-Förderung zentral zu bündeln.
- ein "Junior-Firmen-Programm" in Kooperation mit Banken und anderen Geldgebern für Schleswig-Holstein auflegen, um das Gründen auch mit unter 18 Jahren zu fördern.

V. Digitalisierung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich für ein gemeinsames Auslandsmarketing mit Hamburg einzusetzen, den Bekanntheitsgrad von Förderprogrammen national und international zu erhöhen und dabei im Zuge zunehmend dezentraler Unternehmensgründungen stärker die hohe Lebensqualität und weitere Standortvorteile in den Vordergrund zu stellen.
- für die Unterstützung der Start-Up-Kultur in unserem Bundesland ein ortsunabhängiges und universell zugängliches Online-Registrierungssystem nach höchsten Maßstäben der Datensicherheit und größtmöglicher Transparenz zu schaffen, die E-Government-Strategie des Landes schneller umzusetzen und die Vernetzung der Verwaltungen durch einheitliche Standards und gemeinschaftliche Datenaustauschformate (Cloud-Computing, Big Data) auf Bundesebene und Europa voranzubringen.
- sich auf Bundesebene für die vollständige Abschaffung der sog. Störerhaftung einzusetzen.

Christopher Vogt
und Fraktion